Dienstag, 30. August 1921. **Einzelnummer 10 Mark.** 60. Jahrgang. Nr. 154.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis ab 1. 9. 21: monatlich M.
in der Geschäftsstelle 100.—
in den Ausgabestellen 105.—
durch Zeitungsboten 110.—
durch die Post . 110.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273. 3110, 3249.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 20.— M. im Reklameteil 60.— M. Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau: für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Die Verhandlungen in Wiesbaden.

Wiesbaden, 28. August. Die Verhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur, die am zweiten Verhandlungstage, am Sonnabend, von früh bis abends mit nur kurzen Pausen stattfanden, sind gegen 9 Uhr abends zum beiderseitigen befriedigenden Abschluß gekommen. Es ist zu betonen, daß sämtliche Verhandlungen von sachlichem Geist getragen wurden und in guter Form beiderseits geführt wurden. Das Hauptabkommen über die Reparationsleistungen ist fertiggestellt. Auf Grund beiderseitiger Verabredung wird der offizielle Text erst nach der formellen Genehmigung durch die beiden beteiligten Regierungen von der Reparationskommission veröffentlicht werden. Nur das Nebenabkommen über die Kohlenlieferungen, insbesondere über die neue Kohlenpreisregulierung, konnte nicht zu Ende geführt werden. Besondere Kommissionen sollen zur endgültigen Regelung dieser Frage in nächster Zeit zusammentreten. Rathenau hat mit seinem Stabe von Mitarbeitern gestern nacht noch seine Rückreise nach Berlin angetreten. Loucheur reist heute nach Paris zurück.

Deutschlands Friede mit Amerika.

Nachdem der Friede zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von den Vertretern der beiden Parteien, Herrn Dresel und Herrn Rosen unterzeichnet und in feierlichen Erklärungen von beiden Seiten die Hoffnung auf dauernde friedliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern ausgesprochen worden ist, wird voraussichtlich Ende September durch Ratifizierung des Vertrages durch den deutschen Reichstag und den amerikanischen Senat der Friedenszustand zwischen den beiden Ländern staatsrechtlich wieder völlig hergestellt sein. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen wird dann sofort erfolgen und zwar ist beabsichtigt, nicht erst Geschäftsträger zu entsenden, sondern sofort die Botschafterposten und auch die für die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen besonders wichtigen konsularischen Vertretungen zu besetzen. Die Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag und die sonstigen Übereinkommen dürften dann ebenfalls alsbald in Gang gebracht werden, und der Vertrag, sowie die Art, in der die mit ihm abgeschlossenen Verhandlungen geführt worden sind, geben die Gewähr dafür, daß auch diese Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß kommen werden.

Es ist selbstverständlich, daß sich beim Betrachten des Textes des neuen Vertrags überall der Vergleich mit dem Vertrag von Versailles aufdrängt, und die Regierung der Vereinigten Staaten hebt ausdrücklich die Abschnitte des Versailler Vertrages hervor, aus denen sie Rechte und Vorteile beansprucht. Zweifellos aber stellt der deutsch-amerikanische Vertrag in mehrfacher Beziehung einen Fortschritt gegenüber dem Vertrag von Versailles dar. Bezeichnend dafür ist schon die Einleitung, in der die althergebrachte Formel wieder aufgenommen wird, daß die Kontrahenten dem Wunsche Ausdruck geben, die freundschaftlichen Beziehungen, die vor Ausbruch des Krieges zwischen den beiden Nationen bestanden haben, wiederherzustellen. Auch in dem Vertrag selbst wird durch die Betonung, daß Amerika sich zur Übernahme der Verpflichtungen bekennt, die sich sinngemäß aus den von Deutschland übernommenen Verpflichtungen für die Vereinigten Staaten ergeben, dem Vertrag der Charakter der Einseitigkeit genommen.

Unter den Teilen des Versailler Vertrages, auf die sich die amerikanische Regierung beruft, ist auch der Abschnitt VIII, dessen Einleitungsartikel (231) Deutschland zur Anerkennung der Alleinschuld am Kriege zwingt: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben." Dieser Artikel enthält an sich keine Rechte oder Ansprüche für die Gegner Deutschlands. Diese werden vielmehr erst in den weiteren Artikeln dieses Teiles des Vertrages klargestellt, und auf diese beruft sich Amerika, wie aus dem Zusammenhang des Vertrages hervorgeht. Die Frage der Kriegsschuld wurde im Verlauf der sehr eingehenden Verhandlungen von amerikanischer Seite nicht angeschnitten.

Die wesentlichsten Teile des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages lauten:

Deutschland verpflichtet sich, den Vereinigten Staaten zu gewähren, und die Vereinigten Staaten sollen besitzen und genießen alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Reparationen oder Vorteile, die in dem vorgenannten gemeinschaftlichen Beschlusse des Kongresses der Vereinigten Staaten vom 2. Juli 1921 näher bezeichnet sind, mit Einschluß aller Rechte und Vorteile, die zugunsten der Vereinigten Staaten in dem Vertrag von Versailles festgesetzt sind und die die Vereinigten Staaten in vollem Umfange genießen sollen, ungeachtet der Tatsache, daß dieser Vertrag von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert worden ist.

In der Absicht, die Verpflichtungen Deutschlands gemäß dem vorhergehenden Artikel mit Beziehung auf gewisse Bestimmungen des Vertrages von Versailles näher zu bestimmen, besteht Einverständnis und Einigung zwischen den Hohen Vertragschließenden Teilen darüber:

1. daß die Rechte und Vorteile, die in jenem Vertrage zugunsten der Vereinigten Staaten festgesetzt sind und die die Vereinigten Staaten besitzen und genießen sollen, diejenigen sind, die in Abschnitt 1 des Teiles 4 und in den Teilen 5, 6, 8, 9, 10, 11, 12, 14 und 15 aufgeführt sind.

Wenn die Vereinigten Staaten die in den Bestimmungen jenes Vertrages festgesetzten und in diesem Paragraphen erwähnten Rechte und Vorteile für sich in Anspruch nehmen, werden sie dies in einer Weise tun, die mit den Deutschland nach diesen Bestimmungen zustehenden Rechten in Einklang steht;

2. daß die Vereinigten Staaten nicht an die Bestimmungen des Teiles jenes Vertrages noch an irgendwelche Bestimmungen jenes Vertrages, mit Einschluß der in Nr. 1 dieses Artikels erwähnten, gebunden sein sollen, die sich auf die Völkerbundssatzung beziehen, daß auch die Vereinigten Staaten durch keine Maßnahme des Völkerbundes, des Völkerbundrates oder der Völkerbundversammlung gebunden sein sollen, es sei denn, daß die Vereinigten Staaten ausdrücklich ihre Zustimmung zu einer solchen Maßnahme geben;

3. daß die Vereinigten Staaten keine Verpflichtungen aus den Bestimmungen des Teiles II, Teiles III, der Abschnitte 2 bis einschließlich 8 des Teiles IV und des Teiles VIII des bezeichneten Vertrages oder mit Beziehung auf diese Bestimmungen übernehmen;

4. daß, während die Vereinigten Staaten berechtigt sind, an der Reparationskommission gemäß den Bestimmungen des Teiles VIII jenes Vertrages und an irgendeiner anderen auf Grund des Vertrages oder eines ergänzenden Übereinkommens eingesetzten Kommission teilzunehmen, die Vereinigten Staaten nicht verpflichtet sind, sich an irgendeiner solchen Kommission zu beteiligen, es sei denn, daß sie dies wollen;

5. daß die im Artikel 440 des Vertrages von Versailles erwähnten Fristen, soweit sie sich auf eine Maßnahme oder Entschließung der Vereinigten Staaten beziehen, mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages zu laufen beginnen sollen.

Erzberger.

Der im Schwarzwald erschossene Reichstagsabgeordnete und frühere Reichsminister Matthias Erzberger stand kurz vor der Vollendung seines 46. Lebensjahres. Er wurde am 20. September 1875 in Buttenhausen im Oberamt Münsingen geboren, studierte in Freiburg in der Schweiz Staatsrecht und Nationalökonomie, widmete sich dem Schulfach und war von 1896 bis 1903 vielfach schriftstellerisch tätig, auch nahm er an der christlichen Gewerkschaftsbewegung sowie 1897 als Delegierter am Internationalen Arbeiterkongreß in Zürich teil. Im Jahre 1903 als Vertreter des 16. württembergischen Wahlkreises (Biberach-Waldsee-Leutkirch-Wangen) in den Reichstag gewählt schloß er sich der Zentrumsfraktion an und spielte in ihr schon bald eine bedeutende Rolle. Auf seine Veranlassung lehnte das Zentrum im Dezember 1906 den Nachtragsetat für Südwestafrika ab, er war die eigentliche treibende Kraft in dem großen Prozeß, der auf die Enthüllungen des „Bayrischen Kuriers" aus den Akten des deutschen Flottenvereins folgte. Andere Enthüllungen machten seinen Namen zu einem der bekanntesten in Deutschland. Aber seine eigentliche große Rolle begann erst im Kriege. Erst war er „Annexionist", und am 2. September 1914 versandte er, unter dem starken Eindruck der ersten Siege, eine Denkschrift an verschiedene führende Persönlichkeiten, an Bethmann Hollweg, Falkenhayn, Moltke und Tirpitz, die „Mindestforderungen beim Kriegsabschluß" aufstellte. Dann vollzog sich allmählich ein Umschwung in ihm. Aus dem Annexionisten wurde ein Pazifist. Überall spähte er im Auslande nach Anknüpfungsmöglichkeiten, reiste hierher und dorthin, überall hatte er seine Finger stecken. Engere Beziehungen pflegte er, als Katholik, mit dem Wiener Hofe. Er bekam Kenntnis von jener Denkschrift Czernins an die deutsche Regierung, in der Österreich zusehends wachsende Notlage und Kriegsmüdigkeit geschildert wurde. Erzberger unternahm daraufhin den Vorstoß im Hauptausschuß des Reichstags, rollte die U-Boot-Frage auf und schlug die bekannte Friedensresolution vor. Einen praktischen Erfolg nach außen hatte das nicht. Dann interessierte er sich für einen Ausgleich mit dem neu erstandenen Polen, versuchte den Litauern den württembergischen Herzog von Urach als König zu empfehlen und trat, unter dem Prinzen Max von Baden, als Staatssekretär in das engere Kriegskabinett wenige Wochen vor dem Zusammenbruch.

Während er im Walde von Compiègne mit General Foch über die Möglichkeit eines Friedensschlusses verhandelte, stürzte das alte Deutschland zusammen, und die Herrschaft der Volksbeauftragten begann. Erzberger trat auch in die neue Regierung ein und unterzeichnete den für Deutschland so schweren Vertrag. Im Juni 1920 erhielt er das Reichsfinanzministerium. In dieser Stellung suchte er die Vereinheitlichung des deutschen Finanzwesens durchzuführen und entwarf sein Steuerprogramm, das ihm schwere Angriffe einbrachte, — nicht nur von den Rechtsparteien, die ihn schon vorher heftig befehdet hatten, sondern auch aus den Reihen seiner Parteifreunde. Am 12. März 1920 trat er — nach dem Urteil im Helfferich-Prozeß — von seinem Amt zurück. Verfahren, die gegen ihn wegen Steuerhinterziehung und Meineid schwebten, wurden vor einigen Monaten eingestellt.

Er war jetzt drauf und dran, nach einer unfreiwilligen Pause von über einem Jahr, wieder die Arena der Politik zu betreten. Gegen den Wunsch des Reichsausschusses der Partei hatte er sich bei der letzten Reichstagswahl wieder aufstellen lassen und war auch gewählt worden. Das Parlament aber hat er seitdem nicht wieder betreten, da er sich erst wieder vollständig rehabilitieren wollte. Hundert Ideen wirbelten in seinem Kopfe herum. Er warf den Gedanken des „christlichen Solidarismus" in die Debatte, die Bildung von Werkgenossenschaften, um die Arbeiter in den Betrieben unmittelbar teilnehmen zu lassen an dem Produktionsertrag und so die Betriebsdemokratie, nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich, noch weiter auszubauen. Die christlichen Gewerkschaften lehnten diese Vorschläge (als halbsyndikalistisch) ab. Mit den Ministern Brauns und Stegerwald, die aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen sind, geriet er in Differenzen.

Erzberger hatte sich aus eigener Kraft vom Volksschullehrer zu einem der führenden Männer in Deutschland emporgearbeitet. Große Begabung, Unternehmungsgeist und ungewöhnliche Arbeitskraft sind ihm nicht abzusprechen. Freilich besteht in weiten Schichten der Bevölkerung Deutschlands der Eindruck, daß er diese Eigenschaften nicht immer zum Besten des Reiches verwandte, und oft fiel in Verbindung mit seinem Namen das Wort „Reichsverderber". Ob mit Recht oder Unrecht, wird die Geschichte lehren.

*

Karlsruhe, 28. August. Der Mordanschlag war, wie es scheint, nicht nur auf Erzberger, sondern zugleich auch auf den Reichstagsabgeordneten Dietz gerichtet, mit dem zusammen Erzberger von Bad Griesbach, wo er bei seiner Mutter weilte, einen Spaziergang nach der Alexanderschanze (Kniebis) unternahm. Dort traten ihm zwei junge Männer in bedrohlicher Haltung entgegen. Die beiden Herren versuchten zu flüchten. Abgeordneter Erzberger wurde aber von mehreren Schüssen erreicht und getötet. Reichstagsabgeordneter Dietz-Baden wurde leicht verwundet. Die Staatsanwaltschaft und die Gerichtsbehörden begaben sich alsbald an den Tatort. Die umfassendsten Maßnahmen zur Aufklärung des Mordes und zur Verfolgung der Täter sind eingeleitet. Der Generalstaatsanwalt ist selbst mit der Kriminalpolizei von Karlsruhe zum Tatort abgereist.

Griesbach, 28. August. (Tel.-Un.) Die Leiche Erzbergers wurde am Tatort belassen. Sie wird erst dann nach Griesbach gebracht werden, wenn das Gericht die Freigabe angeordnet hat. Die Verletzung des Abgeordneten Dietz ist schwerer als im ersten Augenblick angenommen wurde, aber nicht lebensgefährlich. Über die Persönlichkeit der Täter ist zur Stunde noch nichts genaues bekannt. Nach Angaben des Abgeordneten Dietz waren die beiden Täter ungefähr 25 Jahre alt. Sie sahen wie Touristen aus. Der badische Staatsanwalt ist am Freitag abend nach Karlsruhe zurückgekehrt.

Berlin, 28. August. Das Begräbnis Erzbergers soll am Mittwoch auf dem Wilmersdorfer Friedhof stattfinden.

Oberkirch, 28. August. (Tel.-Un.) Über die Vorgänge, die sich bei der Ermordung des Abgeordneten Erzberger abgespielt haben, erfährt die Tel.-Un. noch folgende Einzelheiten: Die beiden Reichstagsabgeordneten Dietz und Erzberger gingen in der Zeit zwischen 10 und 11 Uhr vormittags auf der von Griesbach nach Freudenstadt führenden Landstraße spazieren. In naher Entfernung folgten ihnen zwei Männer. Den beiden Abgeordneten wurde die Sache ungemütlich. Sie machten kehrt und gingen auf der Landstraße nach Griesbach zurück. Auch die beiden Fremden wandten sich um und gingen nahe an Erzberger und Dietz heran. Ohne irgend ein Wort zu sagen, zog einer der Fremden schließlich eine Schußwaffe und drückte los. Durch den Schuß wurde der Abgeordnete Dietz an der Schulter verletzt und stürzte zu Boden. Erzberger sprang über die Böschung der Straße, um sich den beiden Unbekannten zu entziehen. Diese eilten ihm nach und feuerten mehrere Schüsse auf ihn ab. Bei der Verfolgung brach Erzberger zusammen, was die beiden Täter aber nicht abhielt, unausgesetzt auf den am Boden liegenden Mann zu feuern, der von 12 Schüssen durchbohrt, alsbald verstarb. Inzwischen war Dietz wieder aufgestanden und hatte sich zu Erzberger begeben, der bereits verschieden war. Die beiden Täter standen in nicht allzugroßer Entfernung, wahrscheinlich, um sich zu überzeugen, daß Erzberger tot war. Den Abgeordnetn Dietz ließen sie unangefochten. Sie verschwanden, als Dietz sich vom Platze begab, um Hilfe zu holen. Reichstagsabgeordneter Dietz fand in Petershall Aufnahme. Seine Verletzung ist nicht bedenklich. Die Leiche Erzbergers blieb den ganzen Nachmittag am Tatort liegen, der in weitem Umkreise abgesperrt ist. Die Verfolgung der Täter wurde sofort aufgenommen.

Der Eindruck in Berlin.

Berlin, 28. August. (Tel.-U.) Die Nachricht vom Tode Erzbergers löste noch vorgestern abend in Banken und Börsen eine erhebliche Aufwärtsbewegung für ausländische Zahlungsmittel aus. Von Fachseite wurde diese Entwicklung damit erklärt, daß man wirtschaftspolitische Schwierigkeiten mit der Entente befürchtet, die in der Person und dem ausgeprägten politischen Einfluß Erzbergers eine Gewähr für die Durchführung ihres wirtschaftlichen Programms für Deutschland erblickte.

Berlin, 28. August. Alle maßgebenden Kreise der Regierung empfinden tiefste Entrüstung über die gräßliche Tat an den Abg. Erzberger. Die Ermordung Erzbergers und die sich daraus ergebende allgemeine Lage war Hauptgegenstand der Kabinettssitzung am vorgestrigen Nachmittag.

Beileidstelegramme des Reichspräsidenten.

Berlin, 28. August. Der Reichspräsident hat an die Frau des ermordeten Reichsministers a. D. Erzberger folgendes Beileidstelegramm gerichtet: „Tieferschüttert durch die Nachricht von dem Verbrechen, dem Ihr Gatte zum Opfer fiel, spreche ich Ihnen meine herzliche Teilnahme aus. Möge Sie das Bewußtsein trösten, daß in lebhafter Entrüstung über die abscheuliche Bluttat weite Kreise des deutschen Volkes an Ihrer Trauer aufrichtigen Anteil nehmen."

Kundgebung der Reichsregierung.

Berlin, 28. August. Im Namen der Reichsregierung hat der Reichskanzler Dr. Wirth an die Witwe des früheren Reichsfinanzministers Erzberger nachstehendes Telegramm gerichtet: „Auf die Kunde von dem feigen Meuchelmord, der an Ihrem Gatten verübt wurde, gedenkt die Reichsregierung ehrend des ehemaligen Kollegen. In ihrem Namen spreche ich Ihnen die aufrichtige Teilnahme an dem schweren und grausamen Verluste aus, den Sie erlitten haben, und gebe zugleich dem tiefen Abscheu Ausdruck, den die Mordtat in ganz Deutschland erwecken muß."

Befürchtungen des Reichstagspräsidenten.

Bei der Eröffnung der Besprechungen, die am Freitag nachmittag zwischen den Parteiführern und dem Reichskanzler stattfanden, ergriff Reichstagspräsident Löbe das Wort zu folgender Ansprache: „Wir stehen alle unter dem erschütternden Eindruck der Nachricht von dem gräßlichen Morde, die wir soeben erhalten haben. Ich finde nicht Worte, um das Verbrechen zu kennzeichnen, an dessen politischen Ursprung wohl kein Zweifel möglich ist. Aber ich werde von dem Eindruck nicht frei, daß diese Revolverkugeln nicht nur unseren Reichstagskollegen Erzberger, sondern die Ruhe und den Frieden unseres Volkes getroffen haben und daß sie unberechenbare Folgen für unser unglückliches Volk und Vaterland haben müssen. An dieser Stelle beschränke ich mich darauf, den Fraktionsfreunden des Ermordeten unsere herzliche Teilnahme auszusprechen." Alle Anwesenden hörten diesen Nachruf für Erzberger, woran sich noch andere Worte für die verstorbenen Abgeordneten Trimborn und Burlage schlossen, stehend an. Im weiteren Verlauf der Besprechung kündigte der Reichskanzler eine Kundgebung der Regierung zu dem Morde an, sobald genauere Einzelheiten über die Tat vorliegen. Auch der Reichstagspräsident hat Beileidstelegramme an die Gattin Erzbergers sowie an die Zentrumsfraktion des Reichstages gerichtet.

Deutsche Pressestimmen.

Berlin, 28. August. Das „Deutsche Tageblatt" plädiert in seinem Aufsatz „Mildernde Umstände" für die Täter und spricht von der Möglichkeit, daß Richter Lynch seines Amtes gewaltet hat. Es bezeichnet Erzberger als Agenten Habsburgs und Gehilfen des Verräters Kaiser Karl, sagt aber, daß man bei alldem denke an das alte „Es lebt ein Gott zu strafen und zu rächen!" — Die „Kreuzzeitung" meint, daß die verabscheuungswürdige Tat lebhaft an die Ermordung der Bürgermeister bei Heidelberg erinnert und daß gegen einen Mord aus politischen Gründen vor allem die Schüsse auf den Abgeordneten Dietz zu sprechen scheinen. — Die „Deutsche Zeitung" verdammt die Tat, hält aber für nicht minder verabscheuungswürdig den Versuch, ein Verbrechen, dessen Ursache noch niemand kennt, für jämmerlichste Parteiagitation auszunutzen. — Der „Lokalanzeiger" hält es für sehr wahrscheinlich, daß es politische Gegnerschaft gewesen ist, die diesen Schlag, den er aufs schärfste verurteilt, geführt hat, um einer Neuauflage des Erzberger-Regimes vorzubeugen und weist darauf hin, daß diejenigen, die den Rechtsstaat Preußen-Deutschland 1918 in ein von jeglicher Gewalt beherrschtes Gemeinwesen verwandelt und die Moralbegriffe verwirrt, kein Recht haben, den Sittenrichter zu spielen. — Ähnlich urteilt die „Deutsche Tageszeitung", die hinzufügt, daß der ruchlose Meuchelmord neue Konflikte schaffen wird, die verhängnisvoll wirken können. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" warnt, unverantwortlich am gesamten Volke zu handeln und diese Tat wahnsinniger Fanatiker zur Verschärfung der Parteigegensätze auszunutzen, denn das tragische Schicksal Erzbergers wird auch von denen tief betrauert werden, die politisch seine Gegner waren. — Die „Germania" über-

schreibt ihren Artikel „Das Opfer der deutschnationalen Hetze" und behauptet, daß Erzberger seit langem wußte, daß ihm aus dem Lager seiner politischen Gegner nach dem Leben getrachtet werde. — Die „Vossische Zeitung" glaubt, daß dieser politische Mord von langer Hand vorbereitet war, und meint, daß das Werk des Aufbaues und der Beruhigung schwerer bedroht ist als je. — Das „Berliner Tageblatt" bespricht in seinem Artikel „Die Schuldigen" die Schwüle in der politischen Lage und fragt, ob dieser Meuchelmord das Signal zu anderen Dingen ist und ob Deutschland am Vorabend neuer Wirren steht. — „Fünf Minuten vor 12" propagiert eine geschlossene moralische Phalanx der Mittelparteien von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, um dem verantwortungslosen Treiben der Rechten entgegenzutreten. — Die „Volkszeitung" fordert die Regierung auf, diese furchtbarste Warnung an die Republik, Demokratie und den Staat nicht leicht zu nehmen und sofort zu handeln, ehe es zu spät ist, die gewissenlose Verhetzung und Aufpeitschung zu ächten. — Der „Vorwärts" feiert das unvergängliche geschichtliche Verdienst Erzbergers als Konkursverwalter und kündigt den schonungslosesten, erbittertsten Kampf der Arbeiterschaft gegen die gesamten Rechtsparteien an, auf deren Agitationsboden die Mordtat erwachsen ist. — Ein Artikel der „Sozialistischen Korrespondenz", überschrieben mit „Eine neue Revolution in Sicht", beschuldigt die Rechtsparteien von Helfferich bis Gothein der Mordanstiftung und behauptet, daß die Folgen der Ermordung Erzbergers katastrophal für Deutschland sein werden. — Die „Freiheit" bringt fast zwei Seiten über den Mord mit der großen Überschrift: „Erzberger von der Reaktion gemeuchelt — die Blutschuld der Deutschnationalen und Militaristen", und fordert von der Regierung ein sorgsames Programm zur Bekämpfung der reaktionären Gefahr. — Die „Rote Fahne" bezeichnet die Hakenkreuzler, aufgepeitscht von den Rechtsparteien, als Mörder und betrauert in Erzberger die Verkörperung der Illusion des Ausgleiches der Gegensätze zwischen Kapital und Proletariat.

Oesterreichische Pressestimmen.

Wien, 28. August. (Tel.-Un.) Sämtliche Blätter besprechen in langen Artikeln die Ermordung Erzbergers. Die „Neue Freie Presse" schreibt: „Matthias Erzberger ist durchaus keine sympathische Figur gewesen, aber im deutschen Ministerium war er immer der fleißigste Arbeiter, und immer der geschickte Regisseur. Der Tod Erzbergers bleibt ein trauriges Datum in der inneren Geschichte der deutschen Politik." Das „Wiener Tageblatt" schreibt u. a.: „Erzberger ist aus dem aufgerührten Skandal gereinigt hervorgegangen." Die hiesigen Zeitungen befürchten, daß die Ermordung Erzbergers das Signal zu neuen Unruhen geben wird.

Was die französische Presse sagt.

Paris, 28. August. Der „Intransigeant" schreibt in seiner dritten Ausgabe zur Ermordung Erzbergers: Es ist nicht zweifelhaft, daß Erzberger das Opfer verbrecherischer Alldeutscher geworden ist. Erzberger war der Gegenstand zahlreicher Drohungen, und selbst von Mordversuchen seitens der Alldeutschen, die es ihm nicht vergessen konnten, daß er mit Foch den Waffenstillstand unterzeichnete, ebenso sein Buch, das in der Welt so großen Widerhall gefunden hatte und in dem er den deutschen Militarismus brandmarkte. „La Preß" erklärt, es könne gar kein Zweifel obwalten, daß man sich hier einem politischen Verbrechen gegenüber befindet, dessen Bedeutung niemand entgehen wird, wenn man sich der Stellung erinnert, die Erzberger, der frühere Minister, in der deutschen Politik, namentlich in der letzten Zeit, eingenommen hat. Es handelt sich hier zweifellos um ein vorbedachtes Verbrechen, das sicherlich beträchtliche politische Rückwirkungen haben wird.

Die russische Hungerkatastrophe.

Die autonomen Hilfskomitees in Sowjetrußland.

Terijoki, 28. August. Die erste Nummer der vom Moskauer autonomen Hilfskomitee mit Genehmigung der Sowjetregierung herausgegebenen Zeitschrift „Die Hilfe" ist erschienen und enthält außer Mitteilungen über die Tätigkeit des Komitees und die Lage in den Hungergebieten, noch Artikel, worin der Standpunkt der Begründer des Komitees zu allgemeinen Fragen der Hilfsaktion dargelegt wird. Das Hilfskomitee entfaltet eine rege Organisationstätigkeit und hat seine Vertreter nach den Hungergebieten entsandt. An Spenden sind dem Komitee bisher 58 Millionen Rubel in Geld und für etwa 300 Millionen Rubel Lebensmittel und Bedarfsartikel zugegangen. Zum Zweck der Geldmittelbeschaffung plant das Komitee Ausstellungen russischer Kunst im Ausland und eine große Konzertreise erster russischer Künstler durch Europa und Amerika. Wie verlautet, geht die Tätigkeit des Komitees bisher ohne Reibung mit der Sowjetregierung vonstatten, obgleich gewisse Strömungen in den leitenden Kommunistenkreisen dem Komitee feindselig gegenüberstehen. Auffallenderweise hat indessen die bereits Anfang August gewählte Auslandsdelegation des Komitees ihre Reise noch nicht angetreten. — Auch das Petersburger autonome Hilfskomitee gibt ein eigenes Presseorgan heraus; der Redaktion gehören, außer dem Schriftleiter der Petersburger „Krasnaja Gaseta", Kubmin, noch mehrere bürgerliche Journalisten an. Das Petersburger Komitee soll die Hilfstätigkeit in den nördlichen und in einem Teil der westlichen Gouvernements vereinheitlichen. — Die Schriftleitung der Moskauer „Iswestija" läßt demnächst zum Zweck der Geldsammlung für die Hilfsaktion ein einmaliges Extrablatt in 500 000 Exemplaren erscheinen, das für 2000 Rubel das Exemplar verkauft werden soll. Anzeigen sollen zum Preise von 5000 bis 10 000 Rubel die Zeile abgedruckt werden.

Uebersiedlung der Hungernden nach Turkestan?

Riga, 28. August. Nach einer Meldung der „Krasnaja Gaseta" sind 20 000 Arbeiter zur Hilfeleistung mobilisiert worden, aus denen Expeditionsabteilungen gebildet und zur Hilfstätigkeit in die Hungergebiete entsandt werden sollen. — Von der Sowjetregierung ist beschlossen worden, 800 000 Hungernde nach Turkestan überzusiedeln; hingegen wehrt sich im Namen der Turkestaner Sowjetrepublik die bevollmächtigte Turkestaner Kommission in Moskau, deren Vorsitzender, der bekannte Kommunist Safarow, sich in einem Artikel in der „Prawda" ganz entschieden gegen jede Abwanderung nach Turkestan wendet. — Nachdem das Allrussische Zentralexekutivkomitee in dem ganzen Hungergebiet die Naturalsteuer für Getreide aufgehoben hatte, hat nunmehr das Exekutivkomitee des Gouvernements Samara dieselbe für dieses Gouvernement wiedereingeführt. Die Steuer soll indessen niedrig bemessen sein und nur die Wirtschaften mit besserer Ernte treffen; ihr Ertrag soll den Notleidenden innerhalb des Gouvernements zugute kommen.

Ausstände.

Straßburg, 27. August. (PAT.) Gestern traten sämtliche Arbeiter der hiesigen elektrotechnischen Betriebe in den Ausstand. Es handelt sich um einen Sympathiestreik für die schon seit mehreren Wochen streikenden Metallarbeiter. Die Stadt ist abends im Dunkel gehüllt. Die Straßenbahnen verkehren nicht.

Die Wiederaufnahme der Arbeit in Warschau.

Warschau, 28. August. (PAT.) „Przeglad Wieczorny" meldet: Am Freitag verkehrten bereits die Linien 1 und 8 der Straßenbahn. Die Autobusse werden erst nach voller Inbetriebsetzung der Straßenbahn verkehren. In allen größeren Fabriken des Metallgewerbes wurde die Arbeit aufgenommen. Die Auszahlung des den Arbeitern bewilligten Darlehns wird drei Tage nach Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen.

Von der Antialkoholbewegung.

Erster Deutscher Alkoholgegnertag in Breslau. Das Programm des ersten Deutschen Alkoholgegnertages, den der allgemeine Deutsche Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Deutsche Verein gegen den Alkoholismus vom 6.—11. Oktober in Breslau veranstaltet, steht in den Grundzügen fest. Am Sonnabend, dem 8. Oktober, wird vormittags die Ausstellung für Volkswohlfahrt eröffnet, abends ist die Empfangsversammlung, bei der u. a. Prof. Hoffmann-Breslau, Prof. Dr. Delbrück-Bremen und Prof. Gonser-Berlin Begrüßungsansprachen halten werden. Für Sonntag, den 9. Oktober, ist außer katholischen und evangelischen Festgottesdiensten eine große Volksversammlung im Zirkus Busch geplant, bei der Universitätsprofessor D. Niebergall-Heidelberg und Pater Elpidius-Düsseldorf sprechen sollen. In der Hauptversammlung am Montag, dem 10. Oktober, hält u. a. Universitätsprofessor D. H. Schmidt-Tübingen einen Vortrag: „Der Alkohol im Weltkrieg". Weiter sind bisher als Redner gewonnen Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Weymann-Berlin, Universitätsprofessor Dr. Aschaffenburg-Köln, Ministerialdirektor Dr. Fuchs-Karlsruhe, Pater Franke-Berlin, Präsident des hessischen Landesamtes für das Bildungswesen Dr. Strecker-Darmstadt u. a.

Lehrgang über die Alkoholfrage. In Verbindung mit dem ersten Deutschen Alkoholgegnertag in Breslau findet vom 6.—8. Oktober ein wissenschaftlich-praktischer Lehrgang über die Alkoholfrage statt. Es werden behandelt am 6. Oktober die Zusammenhänge des Alkohols mit Erkrankungen, Verbrechen, Volkswirtschaft, am 7. Oktober Fragen über alkoholfreie Jugenderziehung und Jugendbewegung und über Trinkerfürsorge, am 8. Oktober vorm. die Themen „Alkohol und Persönlichkeit" (Universitätsprofessor D. Niebergall-Heidelberg) und „Alkohol und Kultur" (Dr. Strehler-Rothenfels am Main). Teilnehmerkarten zu 10 M., für ½ Tag 3 M. Anmeldungen bis spätestens 15. September bei Prof. Hoffmann-Breslau, Antonienstraße 30.

Deutsches Reich.

** **Scharfe Angriffe gegen das Kabinett Stegerwald.** Im Hauptausschuß des preußischen Landtages richtete am Freitag der sozialdemokratische Abgeordnete Krüger bei der Weiterberatung des Wohlfahrtsetats scharfe Angriffe gegen die ganze Politik des Kabinetts Stegerwald. Auf seine Anfrage über die Verwendung von Sammlungsgeldern erwiderte Stegerwald, daß eine ständige Kontrolle über die Verwendung dieser Gelder zu den Aufgaben des Ministeriums gehöre. Im übrigen führte der Minister aus, daß er eine breitere Regierungsbasis bis in die Kreise der äußersten Linken hinein allerdings für erforderlich halte.

** **Tariferhöhungen bei Post und Eisenbahn in Deutschland.** Infolge der bewilligten Erhöhung der Gehälter und Löhne in der Eisenbahn- und Postverwaltung stehen neue Tariferhöhungen bevor. Güter- und Personentarife dürften vom 15. Oktober an um durchschnittlich etwa 25 Prozent, das heißt um das mehr als Sechsfache der Friedenspreise, die Posttarife um etwa 10 Prozent erhöht werden.

** **Sinkende Arbeitslosenziffern in Sachsen.** Die allgemeine Arbeitslage in Sachsen stand auch im Monat Juli durchweg im Zeichen der Belebung des Arbeits- und Wirtschaftsmarktes. Besonders im Baugewerbe, aber auch in der Metall- und Textilindustrie ist die Zahl der Arbeitsuchenden, die Anfang Juli bei 63 berichtgebenden Arbeitsnachweisen 57 272 betrug, Anfang August auf 46 530 gesunken. Diese Besserung erklärt sich nicht nur aus der günstigen Jahreszeit, sondern hauptsächlich aus dem steigenden Beschäftigungsgrad der Industrie.

** **Nach dem Parteitag der Kommunisten.** Bei den Wahlen zur Zentrale der Kommunistenpartei wurden von den bisherigen Mitgliedern sieben wiedergewählt. Dagegen wurden u. a. nicht wiedergewählt der bisherige Vorsitzende Stöcker. Neugewählt wurden Klara Zetkin, Schmidt-Hannover und Goldstein-Berlin. Klara Zetkin war, wie erinnerlich, im Februar zusammen mit Lewy, Däumig, Adolf Hoffmann usw. aus dem Zentralausschuß ausgetreten. Schließlich wurde das Manifest einstimmig angenommen. Es ist im üblichen kommunistischen Flugblatton an die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land gerichtet und enthält zwölf Punkte, darunter Steuerfreiheit, Forderung der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Ostpreußen und Mitteldeutschland, Freilassung aller politischen Gefangenen, wirkliche Auflösung und Entwaffnung aller Kampforganisationen der Bourgoisie, Bildung eines Selbstschutzes der Arbeiter und Einstellung der industriellen Produktion auf die Bedürfnisse zum Wiederaufbau Sowjetrußlands. In seinem Schlußwort wies Pieck-Berlin auf die scharfe Selbstkritik hin, die der Parteitag geübt habe und der die geistige Lebendigkeit der Partei widerspiegle. Was an der Partei krank ist und war, wurde abgestoßen und wird abgestoßen. Die Partei wird die Disziplin von jedem Fall erzwingen. Mit dem Gesange der Internationale schloß dann der Parteitag, dem sich noch eine Tagung der roten Gewerkschaftszentrale anschließt.

Forderungen der polnischen Volksschullehrer

Am 10. und 11. d. Mts. fand in Zakopane eine Vollsitzung des Vorstandes des Verbandes polnischer Volksschullehrer statt. Die geänderten Ernährungsverhältnisse und das Fallen der Valuta haben die Lage aller Staatsbeamten und damit auch die der Volksschullehrer verschlechtert. Die Lehrer werden davon aus dem Grunde noch besonders schwer betroffen, weil 80 % aller Lehrer in den niedrigsten Klassen der Teuerungszulage verblieben (Kl. IV/V). Bei der Verteuerung der Verkehrsmittel, der Schwierigkeit, die Kinder die höheren Schulen besuchen zu lassen, den hohen Kosten der Heilmittel im Krankheitsfall in den Dörfern und infolge der Zurückhaltung der Deputate ist die Lage der Volksschullehrer eine geradezu verzweifelte. Der Verbandsvorstand prüfte die Art und Weise, wie man aus dieser schwierigen Lage herauskommen könnte und kam zu der Überzeugung, daß nur eine gemeinsame Aktion aller Staatsbeamten und ihrer Organisationen eine klare Kristallisation der Bestimmungen über die Entlohnung und der Versorgung mit den unumgänglich notwendigen Lebensmitteln den zahlreichen hungernden Staatsbeamten in dieser herbeiführen kann. Als Grundlage dieser Bestimmungen wurde festgesetzt: 1. Die Notwendigkeit einer sofortigen Revision des Besoldungsgesetzes vom 13. Juli 1920. (Hierbei müssen alle Klassen der Teuerungszulagen abgeschafft werden, die heute völlig unbegründet sind.) 2. Die Normierung der Versorgung der Staatsbeamten durch Erteilung einer genügenden Unterstützung durch die Regierung an die Konsuminstitute unter dem Titel Entschädigung für zustehende und bisher nicht gelieferte Deputate und als Entschädigung für die Zurückhaltung der Deputate durch die Regierung vom 1. Oktober an.

Der Hauptvorstand sprach die einmütige Ansicht aus, daß die vorgeschlagene Geldentschädigung von der Regierung den Konsuminstitutionen als Eigentum jedes Mitgliedes des betreffenden Konsumvereins zugesprochen werden soll, und das liquidierte Vermögen, das aus den Beamteneinzahlungen entstanden ist, müßte gleichfalls Eigentum der Genossenschaften werden. Mit Rücksicht auf die notwendige Leistungsfähigkeit der so organisierten Konsuminstitute erklärte man sich für eine Dezentralisation aller Vorstände der großen Genossenschaften. Die heutige Art der Gehaltsregulierung hat sich als vollkommen falsch erwiesen, schädigend und unpraktisch, weil sie weder die tatsächlichen Teuerungsverhältnisse berücksichtigt, noch der Zeit entspricht. Es wurde die Meinung ausgedrückt, daß als Grundlage zur Regelung der Einkünfte die Regierung den Marktpreis für einen Zentner Roggen nehmen soll.

Um diese Aktion zu einem günstigen Ergebnis zu bringen, beschloß der Hauptvorstand, in der nächsten Zeit eine ständige

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(64. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

17. Kapitel.

Etliche Stunden später ließ Horst sich bei Herrn Dr. von Western melden.

Dieser war soeben im Begriffe gewesen, sein Bureau zu verlassen, legte aber Hut und Handschuhe hin und empfing seinen Besucher mit großer Freundlichkeit, welche nur durch eine gewisse Verlegenheit gedämpft wurde.

Als beide Herren saßen, begann Dr. von Western:

„Ich kann es mir ja denken, daß Sie und die Damen ungeduldig werden, weil wir noch immer keinen Erfolg mit unseren ja doch sehr gewissenhaften Nachforschungen hatten."

Horst verbeugte sich lächelnd und sagte:

„Sie irren, Herr Doktor, wir sind nicht ungeduldig."

„Nicht? Ich könnte Ihnen als einzige Neuigkeit auch nur sagen, daß wir den allein wirklich Verdächtigen, den Arbeiter Tortoni, heute entlassen mußten. Dem Manne ist es unanfechtbar gelungen, ein Alibi nachzuweisen. Jetzt wissen wir, daß er Bergers Mörder nicht sein kann."

„Nein, er ist nicht Bergers Mörder. Dieser heißt Roberto Kronberg, ist Reisender der Wiener Tapeten-Firma Falk & Comp. und wird am 6. April in Budapest, Kleine Brückengasse, Hotel „Jägerhorn", eintreffen."

Der Herr Untersuchungsrichter war ein ganz normal gescheiter Herr, aber in diesem Augenblick sah er nicht eben gescheit aus.

Er hatte sich jäh aus seinem behaglichen Lehnsessel erhoben, setzte sich wieder, rückte an seinem dickglasigen Zwicker und schaute sein Gegenüber eine Weile schweigend an, dann beugte er sich weit vor, und eine Blutwelle stieg in sein hübsches Gesicht, während er sagte: „Herr von Horst, ich nehme natürlich nicht an, daß Sie scherzen." Seine Miene und seine Stimme waren unsicher.

Horst schüttelte den Kopf.

„Es ist mir selbstverständlich nichts weniger als scherzhaft zu Mute."

„Dann darf ich um eine Erklärung des mir momentan noch Unfaßbaren bitten."

„Um diese Erklärung zu geben, bin ich hier."

„Bitte also!"

Daß Herr von Western nicht kleinlich dachte, zeigte sich jetzt. Nichts von verletzter Eitelkeit, nichts von bureaukratischer Steifheit war in seinem Wesen.

Er war nur ganz Gespanntheit.

Horst entnahm seinem Portefeuille etliche Papiere und legte sie neben sich auf den Arbeitstisch des Untersuchungsrichters.

Dann begann er: „Nach dem Begräbnis Bergers fand ich unter den Briefen, die vorher in einem verschlossenen Kuvert bei dem Gelde und der Auszahlungsliste sich befunden hatten, ein Schreiben, das mich namenlos bestürzt machte. Wären Sie, Herr Doktor, nicht so delikat gewesen dieses kleinere Kuvert, auf welchem mit Bergers Schrift „Privatbriefe" stand, uneröffnet zu lassen, dann hätten Sie all das entdeckt, was zu entdecken nun mir vorbehalten war."

„Das heißt, ich habe ein Versehen begangen," warf Doktor von Western ärgerlich ein. Wieder wurde er rot, was seiner Blondheit recht gut stand.

Horst schüttelte den Kopf.

„Nein, ich glaube nicht, daß da ein Versehen begangen wurde. Es war ja im entferntesten nicht anzunehmen, daß unter Bergers Privatbriefen der Fingerzeig zur Aufdeckung des Verbrechens sich befinde."

„Und weshalb haben Sie mir diesen Fingerzeig nicht ausgeliefert?"

„Das war ein absichtlich von mir begangener Fehler."

„Sie wußten also, daß das Ihre Pflicht gewesen wäre?"

„Ich wußte es vom ersten Augenblick an."

„Und haben doch nicht nach dieser Erkenntnis gehandelt?"

„Wie Sie sehen. Aber, lesen Sie erst den Brief, welchen ich unter denjenigen Bergers fand, der mein Schwiegervater hat werden sollen, dann sagen Sie mir, ob Sie unter denselben Verhältnissen nicht ebenso gehandelt hätten, wie ich es tat."

Er reichte Herrn von Western eines der Schreiben, die neben ihm lagen. Es war Tilgners Drohbrief.

In seinem Stuhl zurückgelehnt, beobachtete er alsdann das ausdrucksvolle Gesicht des Lesenden.

Ein großes Staunen, ein großes Befremdetsein zeigte sich darin, und als der Untersuchungsrichter das Schreiben vor sich hinlegte, sagte Horst lächelnd nur ein Wort:

„Nun?"

Und Dr. von Western gab widerwillig zu:

„Auch ich hätte diesen schrecklichen Brief wenigstens nicht sogleich aus der Hand gegeben."

„Sie machen mir also keinen Vorwurf mehr?"

„Als Staatsanwalt noch immer. Als Mensch, nein. Es ist begreiflich, was Sie taten, aber weiter, bitte, weiter."

„Bevor ich diesen Brief fand, hatte mir mein Vetter, der hiesige Eisenbahnbeamte Heisler, sein letztes Beisammensein mit Berger geschildert. Dieses hatte am 24. März stattgefunden. Berger war damals sehr mißmutig und aufgeregt gewesen. Und er hatte etliche Bemerkungen gemacht, die mir nach Lesung dieses Briefes schrecklich bedeutungsvoll zu sein schienen. Redete von privaten Nöten, davon, daß seine Stellung nicht gesichert sei und davon, daß er nicht zu den Leuten gehöre, die sagen können: „Mir kann nichts geschehen." — Diese Bemerkungen und dieser Brief schienen sich aufeinander zu beziehen, welche Annahme mich tief niederdrückte. Andererseits konnte ich mir nicht denken, daß Berger ein Schurke war. Darüber, oder — ich hoffte es — über das Gegenteil wollte ich mir Gewißheit verschaffen, ehe ich diesen Brief an Sie, Herr Doktor, auslieferte."

„Sie hätten es auf jeden Fall getan?"

„Auf jeden Fall."

„Warum taten Sie es denn nicht sofort? Wir wären ja auch diskret vorgegangen."

(Fortsetzung folgt.)

Verständigungskommission der staatlichen Arbeitnehmer-Organisationen mit dem Sitz in Warschau zu gründen. Darauf befaßte sich der Hauptvorstand mit den Angelegenheiten des Volksschulwesens und bereitete den Plan der Propagandalegung für das Volksschulwesen vor, die am 25. September 1921 beginnen soll.

Aus der polnischen Presse.

Wir geben ohne Kommentar eine Beobachtung wieder, die der „Dziennik Pozn." und die „Gazeta Toruńska" gemacht haben wollen. Das genannte Posener Blatt schreibt unter der Überschrift: „Das Deutschtum blüht": „Oft kann man in den Zeitungen Nachrichten lesen von herausforderndem Benehmen der Deutschen in Pommerellen, davon, daß sie in Versammlungen oder Gemeinderatssitzungen die deutsche Sprache gebrauchen oder ihren Gebrauch verlangen u. dergl. m. Es erhebt sich die Frage, warum jetzt der kreuzritterliche Hochmut sein Haupt hebt und warum gegenwärtig auf der Straße, in Gastwirtschaften, Kaffeehäusern usw. mehr deutsch als polnisch zu hören ist, während vor einem Jahre es ganz selten vorkam, daß man ein deutsches Wort hörte."

„Darauf muß geantwortet werden" — schreibt die „Gazeta Toruńska —, „daß wir selbst daran schuld sind, denn diese Deutschen, die deutsch sprechen, sind die hiesigen Polen. Deutsch sprechen die Schüler miteinander, deutsch spricht der Kaufmann und der Handwerker mit seinen Bekannten, deutsch der Offizier mit jungen Damen, — und doch sind sie alle Polen und haben, selbst wenn sie die polnische Sprache noch nicht ganz beherrschen sollten, jetzt gerade die Pflicht, polnisch zu sprechen, um möglichst bald zur völligen Beherrschung der Muttersprache zu kommen. Es ist kein Wunder, daß von auswärts eintreffende Deutsche, wenn sie soviel deutsch sprechen hören, beim Verlassen unseres Gebietes die Überzeugung mit sich nehmen, daß Pommerellen, in dem es offenbar eine deutsche Mehrheit gebe, zu Unrecht von ihrem Vaterlande losgelöst worden sei. Um deutlich zu zeigen, daß Pommerellen ein polnisches Gebiet ist, genügt es nicht, daß die alten Schilder und Aufschriften übermalt oder durch polnische ersetzt werden. Es muß überall die polnische Sprache gebraucht werden, — ob man sie gut oder schlecht spricht —, kommt zunächst nicht in Betracht. Es kommt nur darauf an, daß gezeigt wird, daß in Pommerellen mehr Polen als Deutsche sind, und wenn schlechtes Polnisch gesprochen wird, so ist das mit der langjährigen Germanisierung zu entschuldigen. Alle müssen mitwirken in dem Kampf gegen die deutsche Sprache, — in erster Linie aber die Schule und die Presse."

Dazu sagt der „Dziennik Pozn.": „In Posen liegen die Dinge nicht besser. Noch im April hörte man hier in öffentlichen Lokalen nirgends ein deutsches Wort. Jetzt aber ist auf der Straße, in Kaffeehäusern und Gastwirtschaften dauernd die deutsche Sprache zu hören. Immer mehr Deutsche sind zu sehen, und immer ungenierter wird auch in rein polnischen Kreisen öffentlich die deutsche Sprache gebraucht . . . Besonders die Jugend! . . . die Offiziere . . . Niemand macht mehr ein Hehl daraus."

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 29. August.

Die Steuerfrage.

Das Ministerium des ehemals preußischen Teilgebiets gibt folgendes bekannt: „Die direkten Staats- und Kommunalsteuern für das Jahr 1921 werden nach den bisher geltenden Gesetzen eingezogen. Es wurde verfügt, daß die Belastung mit Kommunalsteuern nicht allzu hoch ausfällt. Sämtliche Kommunalbehörden haben zu diesem Behufe Anweisungen erhalten, andere Steuerquellen wie Grundstück-, Gewerbe- und Ausschanksteuern, entsprechend höher auszunützen. Ferner wurde verfügt, daß die Steuerveranlagung in möglichst kurzer Zeit durchgeführt wird, damit im Herbst mit der Einziehung der Steuern begonnen werden kann. Das Gesetz vom 7. Juli 1921, das die Regierung ermächtigt, einen Ausgleich der Steuern mit den Kommunalzusatzsteuern in der ganzen Republik durchzuführen, kann nicht zur Anwendung kommen, und zwar nicht nur der Verspätung wegen, sondern auch im Hinblick darauf, daß die Durchführung dieses Gesetzes einen Verlust von ca. [illegible] Millionen Mark für unsere kommunalen Verbände zur Folge haben würde, was ein schwerer Schlag für unsere entwickelten kommunalen Selbstverwaltungen bedeuten würde. Außerdem muß bemerkt werden, daß die Einkommensteuer nach dem vorjährigen Einkommen berechnet wird, das im allgemeinen geringer war, als das heutige Einkommen der Steuerzahler; ferner, daß es in den Wojewodschaften Poznań und Pommerellen nicht zulässig ist, Wohnungssteuern einzuziehen, die in den anderen Wojewodschaften Polens eine bedeutende Belastung der Steuerzahler darstellt.

Die Entlassung deutscher Arbeiter in Kolmar.

In einer in Nr. 133 des „Pos. Tagebl." veröffentlichten Meldung aus Kolmar wurde berichtet, der dortige Starost wäre an eine dortige Baufirma herangetreten mit der Forderung, daß Arbeiter, die für Deutschland optierten, entlassen würden. Dazu schreibt uns jetzt die Holzbearbeitungs- und Baufirma Wielkopolskie Zakłady Obróbki Drzewa w Chodzieży: „In der Nummer 133 vom 5. 8. 21 Ihres geschätzten Blattes wird unter Bezugnahme auf die jüngst hier stattgefundenen Vorfälle in der Arbeiterschaft u. a. die Behauptung aufgestellt, daß der hiesige Starost zur Entlassung von Optanten aufgefordert hätte. Wir haben die in Frage kommende Nummer erst heute zu Gesicht bekommen, wir hätten uns sonst früher beeilt, Ihnen mitzuteilen, daß unser Starost der Frage der Entlassung von Optanten ferngestanden hat. Unter dem in der Nummer 133 angezogenen Baugeschäft in Chodzierz können nur wir verstanden sein, da ein zweites Baugeschäft am Platz nicht existiert."

Der neue Posttarif. Vom 1. September d. J. ab kosten Briefe bis zu 250 Gramm im Ortsverkehr 10 Mk., nach außerhalb bis 20 Gramm 10 Mk., bis 250 Gramm 20 Mk., Postkarten durchweg 8 Mk., Geschäftspapiere bis 250 Gramm 10 Mk. Postanweisungen bis zu 500 Mk. 10 M. bis 1000 Mk. 1[illegible] Mk., Wertbriefe bis zu 20 Gramm 10 Mk. bis 250 Gr. 20 Mk. Eingeschriebene Briefe 25 Mk., mit Empfangsbestätigung 25 Mk. mehr Eilsendungen 50 Mk. Briefe nach dem Ausland bis 20 Gramm 25 Mk., für jede weitere 20 Gramm 12,50 Mk., Postkarten 15 Mk., eingeschriebene Postkarten 25 Mk. Telegramme 10 Mk. das Wort, Grundtaxe 30 Mk., Eiltelegramme das Dreifache. Pressetelegramme 50 Prozent billiger. Der Telephontarif wird gleichfalls entsprechend erhöht werden.

Der Wagenverkehr in der Altstadt. Das Starostwo Grodzkie bringt zur Erinnerung die am 9. November 1914 bekanntgegebene Polizeiverfügung betreffend das Verbot der Einfahrt vom Stary Rynek (Alter Markt) aus in die ul. Wielka (Breitestr.) für alle Wagen, Automobile usw. Mit Rücksicht auf die besondere Gefahr der Zusammenstöße sowie auf die leicht entstehenden Verkehrshindernisse muß diese Vorschrift genau innegehalten werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 179 der Straßenpolizeiverordnung streng bestraft.

Versammlung der Beamteninvaliden. Am Freitag, dem 26. August hatte der Vorstand des Posener Bezirks vom Verband der Kriegsinvaliden der Republik Polen eine Versammlung um 1/2 7 Uhr nach dem Dominikanersaal anberaumt. Auf der Tagesordnung stand in der Hauptsache das Dotationsgesetz vom 18. März d. Js. Herr Stachecki wies darauf hin, daß die größte Waffe im Kampfe ums Recht und Dasein die Intelligenz sei. Und der Kampf ums Recht, den die Invaliden, welche Schikanen ausgesetzt seien und als zur zweiten Klasse gehörig angesehen werden, jetzt führen müßten, fordere von den Mitgliedern im eigensten Interesse die größte Unterstützung. Deshalb sei die heutige Versammlung einberufen worden. In der Diskussion forderte ein Invalide, auch die vor dem Weltkriege zu Invaliden gewordenen Mitglieder unter dasselbe Gesetz zu stellen. Dies sagte der Vorsitzende der Organisation zu. Er unterzog dann die Verhältnisse in den Ämtern, wo die jungen weiblichen Kräfte den Invaliden ein Dorn im Auge seien, einer scharfen Kritik. Zum Schluß gelangte folgende Resolution einmütig zur Annahme: „Die am 26. August d. Js. im Dominikanersaal versammelten Invaliden Militär-, Staats- und Selbstverwaltungsbeamte etatsmäßige und kontraktliche in zahlreicher Anzahl, beschließen einmütig folgendes: Von dem Standpunkte ausgehend, daß es die Pflicht jedes polnischen Bürgers sein müsse, das wirtschaftliche Niveau unseres Landes durch Erfüllung der Verpflichtungen und gewissenhafte Arbeit zu heben, stellten wir den Rest unserer Kräfte in den Dienst des Staates, dafür nur eine Entschädigung erhaltend, die der von uns ausgeführten Arbeit wie auch unseren physischen und geistigen Fähigkeiten entspricht, von denen besonders die ersteren sehr begrenzt sind. Daß die Entschädigung in keinem Verhältnis zu den Ansprüchen der gegenwärtigen Zeit steht, ist eine nur zu begreifliche Sache, und das gegenwärtige vollständige Zurückhalten der Auszahlung unserer uns zustehenden Invalidenabgaben müssen wir ganz und gar als unrechtmäßig, ungerecht und sogar gesetzwidrig betrachten; denn der gesetzgebende Sejm hat die weitere Auszahlung der Renten im Verhältnis von 25 bis 50 Prozent der Grundrente beschlossen. Der Artikel 9 erkennt den Beamten-Invaliden mit 100 Prozent das Recht zu, in normalen Zeiten die Hälfte der Invalidenabgaben zu erhalten, aber bei der gegenwärtigen Teuerung soll derselbe Invalide nicht einmal den 60. Teil der Invalidenrente erhalten. Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, daß das Dotationsgesetz trotz zweijähriger Vorbereitung nicht sorgfältig erwogen worden ist."

Ein neuer Kursus für deutsche männliche Hilfslehrkräfte soll Anfang September d. Js. in Posen eröffnet werden. Aufgenommen werden Kandidaten mit guter Volksschulbildung, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Schulgeld wird nicht erhoben; unbemittelte Schüler können bei guter Führung und Fleiß Staatsunterstützung bekommen. Anmeldungen sind unter Beifügung von 1. Geburtsurkunde, 2. Lebenslauf, 3. beglaubigter Abschrift des letzten Schulzeugnisses, 4. Führungsattest zu richten an: Dyrekcja państw. kursów seminarjalnych, Poznań, św. Marcin 40.

Das Blumenthal-Kadelburgsche Lustspiel „Im weißen Rößl" wird am Freitag dieser Woche zum letzten Mal aufgeführt. Die Aufführung findet im Saal des Zoologischen Gartens statt und beginnt um acht Uhr.

Miljonówka. In der Sonnabendziehung der Millionenlotterie gewann die Nr. 2284464, die sich in dem Steueramt in Trzebowla in Kleinpolen befindet.

* **Bromberg,** 27. August. Der gegenwärtige Getreidevorrat der Stadt reicht bis zum 15. September. In den letzten Tagen gelang es dem Magistrat, zehn Waggons Getreide um Tagespreise einzukaufen. Nach dem 15. September soll, dem „Dz. Bydg." zufolge, das Brot teurer werden. Der Preis wird sich nach dem für das Getreide zu zahlenden richten. — Der Magistrat hat die Absicht, in nächster Zeit billige Küchen für die Invaliden und die Hinterbliebenen der Gefallenen zu errichten.

* **Graudenz,** 26. August. Die polnische Regierung plant an der ostpreußischen Grenze den Bau von Eisenbahnen, wozu französische Ingenieure im Auftrage des Eisenbahnministeriums bereits das in Frage kommende Gelände studieren. Es handelt sich dabei um eine Bahn, die von der Feitung Lomza auf dem linken Prosek-Ufer entlang nach Kolno—Dlottowen an der deutschen Grenze führen und dort Anschluß an die Strecke Gehien—Johannisburg—Arys finden soll. Da die Bahn in ihrem Hauptteil durch außerordentlich sumpfiges Gelände führen muß, gestaltet sich der Ausbau zusammen mit den Vorarbeiten sehr schwierig. Gleichzeitig mit dem Bau der Bahn Lomza-Kolno plant die Regierung auch den Ausbau der Linie Ostrolenka—Flammenberg, die während des Krieges von deutschen Eisenbahntruppen gebaut worden ist, aber als Kriegsbahn nur geringe Leistungsfähigkeit besitzt.

* **Schwetz,** 22. August. Vor mehreren Jahrzehnten wurden in unserer Gegend eine Anzahl Glashütten angelegt. Noch vor einigen Jahrzehnten arbeitete eine in Zwitz, vor einigen Jahren brannte die letzte in Luisenthal bei Lindenbusch nieder und eine dritte in der Nähe von Konitz war bis in die letzten Jahre im Betriebe. Es wurden gewöhnliche grüne Flaschen geblasen, aber auch beste geschliffene Glaswaren hergestellt, die durch besondere Glashändler mit Fuhrwerken nach den entferntesten Städten der Provinz gebracht wurden. Der hauptsächlichste Rohstoff des Glases, der Quarzsand, wird besonders in der Nähe von Schwetz, im Dorfe Schönau am Ufer des Schwarzwassers gefunden. Durch besondere, allerdings ziemlich primitive Waschvorrichtungen, wurden alle fremden Beimischungen, wie Staub, entfernt. Hauptsächlich mit Fuhrwerk, später mit der Bahn, wurde der Glassand bis nach Konitz und weiter verschickt. Vor einem Jahrzehnt stellte die letzte Glaswäscherei in Schönau ihren Betrieb ein. Bei den heutigen hohen Preisen für Glaswaren dürfte bald wieder die Zeit kommen, in welcher die früher hier heimische Glasindustrie neubelebt wird.

Aus Ostdeutschland.

* **Königsberg,** 23. August. Vor einigen Tagen brach hier ein Hafenarbeiterstreik aus. Auf einen Aufruf der Königsberger Reedereien hin haben sich am Montag etwa 400 Arbeitswillige aus den verschiedensten Berufsklassen zur Hafenarbeit gemeldet. Die Arbeit geht ganz ausgezeichnet vonstatten. Insgesamt liegen 26 Schiffe im Königsberger Hafen, die durch den Hafenarbeiterstreik an der Löschung gehindert sind. — Bei den Aufräumungsarbeiten in Rothenstein ereignete sich ein schweres Unglück. Beim Abschrauben des Zünders von den Geschossen explodierte auf unaufgeklärte Weise ein Geschoß. Der Arbeiter, der daran arbeitete, wurde auf der Stelle getötet.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	29. August.	27. August
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—.—	—.—
3% „ „ Buchst. A u. B	—.—	—.—
3½% „ „ ohne Buchst.	—.—	—.—
3½% „ „ Buchst. C .	—.—	—.—
4% „ „ Buchst. D u. E	—.—	—.—
4% „ „ (neue) . .	—.—	—.—
4% „ (neue) mit poln. Stempel	125 +	—.—
4% Pos. Pfandbriefe	—.—	—.—
4% Pos. Provinzialobligationen	—.—	—.—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—.—	—.—
3½% Obl. Cegielski	—.—	—.—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hypot. Warszawsk.	—.—	—.—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	—.—	220 + A
Bank Związku VIII em. (ungest.)	—.—	220 + A
Bank Związku IX em. (ungest.)	—.—	220 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VII	340 + A	340 + A
„ „ „ VIII . .	340 + A	340 + A
Bank Handlowy, Warszawa .	—.—	—.—
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—.—	—.—
Kwilecki, Potocki i Ska.	425 + N	—.—
Bank Ziemian I—III	240 + N	250 + A
Bank Ziemski	—.—	—.—
R. Barcikowski I—IV em. . . .	215 + A	230 + A
R. Barcikowski V em.	165 + A	180 + A
Centrala Skór I—II	370 + N	—.—
„ „ III	340 +	335 +
Lubań	—.—	—.—
Dr. Roman May I—III	460 + N	460 + A
Patria	380 +	375 + N
Pozn. Spółka Drzewna (exkl. Kup.	1400 + A	1400 + A
C. Hartwig I—III em.	—.—	—.—
C. Hartwig IV em.	380 +	365 + N
Cegielski I—VI em.	235 +	230 + N
Cegielski VII em.	235 +	230 + N
Hurtownia Związkowa	—.—	—.—
Włókno	—.—	—.—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—.—	—.—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—.—	—.—
Bank Centralny I—III	400 + N	—.—
Bank Poznański I. Em.	—.—	—.—
Bank Przemysłowców	—.—	245 + N
Pozn. Bank Ziemian (exkl. Kupon	—.—	—.—
Hartwig Kantorowicz	525—520 + N	540 + A
Bank Zjednoczenia	—.—	—.—
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr.)	—.—	160 + A
Iri	—.—	—.—
Wytwornia Chemiczna	240—215 + A	240 + A
Wyroby Ceramiczne	160 + N	—.—
Drzewo Wronki	—.—	—.—
Wisła	—.—	—.—
Arcona	—.—	—.—
Brzeski Auto (exkl. Kupon) . .	—.—	—.—
Wagon Ostrowo	—.—	165 + A
Wytwornia Maszyn Młyńskich	—.—	455 +
Herzfeld Viktorius	380—375 + A	365—375 + N
Bentzki	450-480-470 + N	460 + N
Orient	—.—	—.—
Sarmatia	—.—	390 + N
Blawat	—.—	310 + N
Dom Konfekcyjny	310 + A	—.—
Tkanina	—.—	—.—
Centrala Rolników	—.—	—.—
Papiernia Bydgoszcz	230 + N	—.—
Trie	205 + A	210—205 +
Hurtownia Skór	—.—	315 + N
Sierakowskie Kopalnie Węgla .	—.—	—.—
Kabel	—.—	160 + A
Lloyd Wielkopolski	—.—	145 + A
Zjacz. Cegieln. Aug.-Grad. . .	—.—	—.—
Pneumatik	155 + N	155—160 + A

A. = Angebot (polnisch: O. = ofiarowano).
N. = Nachfrage (polnisch: P. = pożądano).
\+ = bezahlt (polnisch: + płacono).

= **Warschauer Getreidebörse vom 27. August.** Es wurden folgende Transaktionen durchgeführt: Roggen 7100, Roggenmehl (frei Waggon Warschau) 10 200. Kein großer Umsatz. Die Preise **verstehen sich für 100 kg** netto frei Ladestation.

Die gefangenen Ehemänner auf dem Panzerschiff.

In Wisby, auf der Insel Gothland, hat sich folgende lustige Geschichte zugetragen: Dort liegen zwei schwedische Panzerschiffe verankert und deren Mannschaft hatte für einen Sonntagabend ein größeres Tanzfest arrangiert. Riesenannoncen in den Zeitungen der Stadt machten darauf aufmerksam, daß ein großes Fest mit Illumination an Bord des Schiffes stattfinden würde, und alle jungen Mädchen der Stadt und viele Damen der dortigen Badegesellschaft sowie auch viele „sich für die Seeverteidigung interessierende Herren", darunter ein ganzer Transport aus Stockholm herübergekommener Ehemänner, waren bereits des Nachmittags an Bord gegangen. Man besichtigte mit vielem Interesse die Einrichtungen der Kriegsschiffe, und den Offizieren und Matrosen machte es viele Freude, die wißbegierigen Damen durch das Schiff zu führen. Der Nachmittag verlief in Freuden und bei schönstem Wetter. Aber plötzlich setzte gegen 7 Uhr abends ein furchtbarer, aus dem Westen heranbrausender Sturm ein, und innerhalb einer halben Stunde mußte man feststellen, daß es unmöglich war, irgendeine Verbindung mit dem Lande herzustellen. An Tanz war natürlich nicht zu denken, denn selbst die schwersten Panzerschiffe pflegen ja auf offener See tüchtig zu schaukeln. Es dauerte auch gar nicht lange, da begannen die jungen Mädchen von Wisby und die weiblichen und männlichen Badegäste sich an Körper und Seele höchst ungemütlich zu fühlen, und dem Meeresgott wurden reiche Opfer dargebracht. Am Ufer spazierten indessen voller Angst die Mütter umher, hatten keine Möglichkeit, sich mit ihren Töchtern in Verbindung zu setzen, und auch eine Anzahl von Frauen, deren Ehemänner zum frohen Tun, zu Tanz und Freude nachmittags ausgefahren waren ohne ihren Frauen davon zu erzählen, freuten sich nicht wenig, daß das Vergnügen in des Wortes reinster Bedeutung zu Wasser geworden war.

Die Hausfrauen von Wisby aber waren die Verzweifelten, denn sämtliche Dienstmädchen und Köchinnen befanden sich an Bord der Kriegsschiffe, und zu Hause ging alles drüber und drunter. Alle schauten fortgesetzt auf das Meer hinaus, und Stoßgebete entrangen sich den gequälten Herzen, der Sturm möge doch endlich nachlassen. Aber der hütete sich wohl, dies zu tun. Er hatte seine Freude an dem Durcheinander. Und der Abend kam, ihm folgte die schwarze Nacht, und der Sturm blies immer mächtiger. An Bord aber traf man nunmehr Vorbereitungen, die Hunderte von Seekranken beider Geschlechter, meistens jedoch des schwachen Geschlechts, gastlich aufzunehmen. Die Speiseräume der Panzerschiffe wurden ausgeräumt und zu Nachtquartieren eingerichtet. Wer noch essen konnte, und es waren deren nicht viele, erfreute sich an einem Souper. Da aber nicht genügend Lebensmittel vorhanden waren, so gab es meistens nur Butterbrote und Selterswasser. Und die Nacht sank herab, die beiden Panzerschiffe schaukelten um die Wette, und die jungen Damen und die verzweifelten Ehemänner verbrachten eine unruhige Nacht auf dem Meere. Der Tag graute, aber der Sturm ließ nicht nach, und langsam krochen die armen seekranken Landratten ans Tageslicht. Nun aber entstand in den Kreisen der gefangenen Eheleute, die aus Stockholm herübergekommen waren, Heulen und Zähneklappern. Da waren verschiedene Prokuristen und Bankkassierer, die ihre Geschäfte frühmorgens in Stockholm eröffnen sollten, und die die Schlüssel bei sich hatten, so daß die Verwirrung unter dem Kontorpersonal eine nicht geringe gewesen sein muß. Es war aber ganz unmöglich, an Land zu gehen. Schließlich etablierte der Kapitän des Panzers einen Funkentelegraphen, und so konnten die Herren wenigstens nach Stockholm telegraphieren. Jeder einzelne von den Herren erhielt vom Kommandanten einen Entschuldigungsschein, daß das nicht rechtzeitige Eintreffen durch eine „force majeur" verursacht sei, und endlich konnten die Gäste gegen Mittag das Schiff verlassen. Am Nachmittag erklärte eine Frau freudestrahlend ihrer Freundin: „Mein Mann war auch auf dem Schiffe, und hat vom Kapitän ein Zeugnis erhalten, „daß er sich brav aufgeführt hat."

Kunst und Wissenschaft.

— **Geheimrat Prof. Wilhelm Kirchner,** einer der führenden Theoretiker der Agrikultur, speziell der Milchwirtschaft, ist im 74. Lebensjahre in Leipzig gestorben. Geheimrat Kirchner, der in Göttingen geboren ist, und an der ausgezeichneten landwirtschaftlichen Abteilung der Hochschule in Halle seine Studien beendete, ist seit 1909 als Direktor des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Leipzig und als ordentlicher Professor der Landwirtschaft tätig gewesen. Wie innig die Verbindung zwischen dem Lehrstuhl und der praktischen Landwirtschaft sich gestaltet, beweist am deutlichsten die große Verbreitung der von Kirchner herausgegebenen, auch im Ausland verbreiteten „Mitteilungen des Landwirtschaftlichen Instituts der Universität Leipzig". Überdies redigierte er von 1887 bis 1899 die in landwirtschaftlichen Kreisen stark gelesene „Landwirtschafts-Post". Auch seine theoretischen Schriften „Die Leitung des landwirtschaftlichen Betriebes", „Handbuch der Milchwirtschaft", „Die Rindviehhaltung" haben der Landwirtschaft des In- und Auslandes praktische Anregungen gegeben.

Bunte Zeitung.

○ **Verbesserung der Marconischen drahtlosen Telegraphie.** Marconi ist es gelungen, an seinen Aufnahmeapparaten für drahtlose Telegraphie eine Verbesserung anzubringen, die die atmosphärischen Störungen gänzlich ausschaltet und so die Aufnahme drahtloser Telegramme auch bei einer mit Luftelektrizität geladenen Atmosphäre möglich macht.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 29. August.

Falsche 1000-Markscheine.

Im Verkehr sind falsche 1000-Markscheine der 2. Emission vom 25. August 1919 erschienen, sie sind an folgenden Merkmalen als falsch zu erkennen: Die Zeichnung ist mit der Feder ausgeführt und etwas kürzer als die des echten Scheines; die Einrahmung des echten Scheines bilden braune Halbkreise mit dunklem Ton an der Innenseite, der durch die auf die Einrahmung übergehenden Wellenlinien des Grundes hervorgerufen wird, was auf den gefälschten Scheinen wenig zu bemerken ist; das den ganzen Schein bedeckende Netz ist von einer hellen Sandfarbe, auf den falschen Scheinen dagegen von hellbrauner, auch sind hier die Wellenlinien dicker und unregelmäßiger; das Bild Kosciuszkos ist verschmiert und wenig schattiert; die Blumen- und Laubgewinde sind dunkler, wobei die Blätter wenig ausgeprägt sind; der Druck ist in den Einzelheiten grundverschieden von dem auf den echten Scheinen und die Buchstaben haben ein undeutliches Bild; das Papier ist gewöhnlich, die Wasserzeichen handgepreßt und ganz anders als auf den echten und nur auf dem leeren Rande außerhalb der Umrahmung sichtbar.

Falsche Scheine, die leicht zu erkennen sind: 1000-Markscheine 1. Emission mit dem Datum vom 17. Mai 1919 auf rosa Papier: der Schein ist auf weniger steifem Papier ohne rote Äderchen und Wasserzeichen gedruckt; das ganze Bild ist etwas kürzer und schmäler in hellerem Tone als das des echten Scheines gehalten, der Druck ist undeutlich und verläuft mit dem Grund, die Ausführung des Adlerkopfes in den Achtecken ist ungenau, auf beiden Seiten des Scheines ist die gleiche Nummer ohne Serie, die Farbe schmutzig braun; das Netz ist anders; die Rückseite unterscheidet sich auch in der Farbe, im Druck und in der Gesamtausführung des ganzen Bildes, besonders die Sternchen um den Adler inmitten der Strahlen sind auf den echten Scheinen regelmäßig, während sie auf den falschen unförmig sind.

1000-Markscheine 1. Emission mit dem Datum vom 17. Mai 1919 auf weißem Papier; der falsche Schein ist auf weniger steifem Papier ohne Wasserzeichen und in schmutzig-grüner Farbe ausgeführt; das Netz ist gröber und ungeschickt gezeichnet; der Text auf der Zahl 1000 hat nicht ganz den dunklen Untergrund, der auf den echten Scheinen zu sehen ist; die Nummern III. Serie A, B, C usw. haben ein anderes Bild der Ziffern; die Rückseite unterscheidet sich nur ganz wenig von dem echten Schein.

1000-Markscheine mit dem Datum vom 17. Mai 1919 auf weißem Papier: das Gesamtbild ist gut ausgeführt; das Papier hat oft Wasserzeichen in Gestalt kleiner Adler und der Buchstaben B P, die nur in den Achtecken auf der Vorderseite des Scheines zu sehen sind; der Unterschied im Druck ist sehr gering; die Nummern: III. Serie A, B, C usw. haben ein anderes Ziffernbild. Die Rückseite des Scheines ist gut ausgeführt.

Falsche Scheine, die schwer zu erkennen sind. Es sind auch falsche Scheine im Umlauf, die auf gelbem Papier Sechsecke als Wasserzeichen haben, die Nummern sind mittels eines Kautschukstempels nachgemacht und fallen sofort auf.

1000-Markscheine mit dem Datum vom 17. Mai 1919 auf weißem glatten Papier: der Schein ist auf gewöhnlichem Papier ohne Wasserzeichen ausgeführt; das Gesamtbild ist etwas länger und breiter als auf den echten Scheinen, die Farbe hat einen grünlichen Ton; das Netz besteht aus dickeren Linien; das Bild Kosciuszkos und der Adler sind auf braunem Grund ganz gut ausgeführt; die Nummern gleichen denen auf den echten Scheinen und die Farbe ist schmutzig-rot; die Scheine sind mit III. Serie A, B, C usw. II. Serie A, B, C usw. I. Serie A, B, C usw. bezeichnet und auch ohne Serienangabe vorhanden.

Auch sind falsche Banknoten im Verkehr, die den obenbeschriebenen gleichen, jedoch auf rosa Papier mit Wasserzeichen gedruckt sind. Dank dem groben Netzunterdruck fallen sie sofort auf und sind deshalb leicht zu erkennen.

1000-Markscheine mit dem Datum vom 17. Mai 1919 auf rosa Papier: das Papier ist rosa, glatt und glänzt, hat rote Äderchen, die weniger deutlich hervortreten, und Wasserzeichen, die den Schein der Länge und Breite nach in Schlangenlinien durchziehen! das Bild Kosciuszkos ist infolge Mangels an feiner Schattierung ausdruckslos; auf beiden Seiten des Scheines ist die gleiche Nummer ohne Serienbezeichnung vorhanden, die Ziffern sind mehr oval und von hellerer Farbe, die Farbe der Vorderseite ist hellgrün, die der Rückseite braun. Dieser Schein ist leicht als falsch zu erkennen.

Die Posener Straßenbahn erhöht vom 1. September ihren Tarif um 50 v. H. Die Einzelfahrt wird 15 M. und die Monatskarte 675 M. kosten.

Wochenmarktsbericht vom 29. August. Auf dem Gemüsemarkt sind folgende Preise gezahlt worden: Es kosteten Kartoffeln 16–17 M. das Pfund, Mohrrüben 20 M. per Bund. Gurken kleine zum Einlegen 70 M. die Mandel, größere Gurken kosteten 10 M. und mehr. — Auf dem Obstmarkt legte man an: für Äpfel 30 M. für Birnen 30–35 M., für Pflaumen 30 M., bessere Ware erzielte 40 M. per Pfund. — Auf dem Geflügelmarkt brachten Gänse 700—800 M., Enten 300—400 M., Hühner 200–400 M., Tauben 130 M. per Paar. — Für die Mandel Eier sind 210 M. gezahlt worden, sie waren in großen Mengen angeboten, infolge des Eisenbahnerstreiks konnten sie nicht nach auswärts gehen.

X **Ein altersschwacher**, etwa 80jähriger Mann, der in den Straßen umherirrte, wurde vollkommen erschöpft, in das hiesige Krankenhaus geschafft. Nach seinen Angaben heißt er Józef Okoniewski, seine Wohnungsadresse will er vergessen haben. Er trägt einen Trauring mit der Inschrift J. F. 1864.

X **Diebstähle.** Am 22. d. Mts. brachte ein Knecht A. Drzewiecki seinen Herrn von Biskupina nach Żnin zum Bahnhof und sollte sogleich nach dem Gute zurückfahren. Der „treue" Knecht ist jedoch bis heute noch nicht nach Haus zurückgekehrt, in seiner Vergeßlichkeit hat er natürlich Pferd und Wagen mitgenommen. Das Pferd hat einen Stern auf der Stirn, ist braun und 1,60 Meter hoch. Drzewiecki ist 30 Jahre alt, mittelgroß, trägt englischen Schnurrbart, braunes Jackett, graue Hose und lange Schaftstiefel. — Aus einer Wohnung in der ul. Sewerhna Mielżyńskiego Nr. 11 (Viktoriastraße) ist eine goldene Uhr mit drei Deckeln, C. B. und J. N. gezeichnet, gestohlen worden. — Am 27. wurden in der Mittagszeit zwischen 12 und 1 Uhr aus einer Wohnung in der ul. Flisacza Nr. 3 (Schifferstraße) 300 M. in deutschem Gelde, 100 M. in Gold, 350 M. in Silber und 3000 M. polnisches Geld gestohlen. — Am Kanonenplatz wurden aus einem kaufmännischen Bureau 6 Meter grünes Tischtuch und ein Telephonapparat Nr. 1683 gestohlen. — In der ul. Kopczyńskiego Nr. 29 entwendeten Diebe einen Karton, in dem sich 18 Paar silberne Messer, Gabeln, Löffel und Teelöffel und zwei Salzbehälter befanden. Der Wert ist mit 300 000 M. angegeben.

* **Inowrocław**, 26. August. Heute früh fanden vorübergehende Personen im linken Graben an der Bromberger Chaussee, ungefähr einen Kilometer hinter der Bromberger Eisenbahnbrücke, die Leiche eines Mannes mit durchschossenem Kopf. Der Fall wurde sofort der Polizei gemeldet, die an den Tatort eilte und Untersuchungen einzuleiten begann. Es wurde festgestellt, daß der Ermordete der 29jährige Schmied Nadolny aus Szymkowo bzw. Gnojno ist. Bekleidet war die Leiche mit einer schwarzgrauen Jacke, hallerblauen Hosen und weißkarierter Mütze. Man hofft, daß die eingeleitete Untersuchung nicht ohne Erfolg sein wird, da gestern alle Personen, die den in Betracht kommenden Weg passiert hatten, von den dort aufgestellten Streikposten untersucht wurden. Der Mord mußte kurz nach 12 Uhr nachts geschehen sein, denn um diese Zeit vernahmen die Streikposten aus der Richtung von Slawencinek mehrere Revolverschüsse. Welche Motive dem Morde zugrunde lagen, wird noch die Untersuchung aufklären.

* **Thorn**, 26. August. Eine mächtige Sandbank hat sich gerade vor der Mündung der Drewenz bei Zlotterie gebildet. Der Wasserstand ist dadurch so niedrig, daß jeglicher Verkehr, selbst mit kleinen Fischerbooten, unterbunden ist. Der Holztraftenverkehr von Drewenz zur Weichsel ist unmöglich. — Bei dem niedrigen Wasserstand der Weichsel liegen die Buhnen in ihrer ganzen Ausdehnung oberhalb des Wasserspiegels, und es treten die an ihnen durch Eisgang und Hochwasser angerichteten schweren Beschädigungen offen zutage. Für die Ausbesserung in großem Maßstabe, gegebenenfalls als Notstandsarbeiten, wäre jetzt die günstigste Zeit, jedoch ist von solcher nichts zu merken.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz**, 25. August. Auf den Hausverwalter Epstein wurde ein frecher Banditenüberfall verübt. Der Überfallene setzte sich zur Wehr und schlug Lärm, so daß der Bandit flüchtete. Die sofort benachrichtigte Polizei nahm seine Verfolgung auf und faßte ihn in der Wulczańska-Straße 29. Hier nahm der Bandit, als er keinen Ausweg mehr sah, sich durch einen Revolverschuß das Leben. Der Tote ist der ehemalige Soldat Feliks Smardzyński. — Am 16. August trat die am 1. Juni beschlossene Geschäftsschildersteuer in Kraft. Die Steuer beträgt 100 M. für jeden Quadrat-Dezimeter und wird von denjenigen Schildern erhoben, die an Häuserfronten angebracht sind.

Verantwortlicher Hauptschriftleiter: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznan

Zeitungsbezieher,
welche unser Blatt durch die Post erhalten, müssen bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung oder bei einer Übersiedlung nach einem anderen Ort, überhaupt in allen Angelegenheiten, die den Bezug betreffen, sich stets
an das Postamt wenden,
welches die Zustellung der Zeitung an dem Wohnorte des Lesers zuletzt bewirkt hat.
Nur im Falle, daß das Postamt versagt, den Reklamationen wegen nicht pünktlicher Lieferung nachzukommen, bitten wir, eine Beschwerde an die Geschäftsstelle in Poznań ul. Zwierzyniecka 6 zu richten.